

DIESE GRÜNEN!



THEATER UM DIE OPER

■ HOCHKULTUR WIRD AUF MAINSTREAM REDUZIERT



Foto: Mathias Kehren

Allen Dementis und spitzfindigen Wortspielereien des Intendanten und seines Stellvertreters zum Trotz kam es bei der Vorstellung des Spielplans der Oper schlussendlich doch ans Tageslicht: Herr Toshiyuki Kamioka wird einen auf Mainstream-Stücke reduzierten Spielplan umsetzen – und dies ohne festes Ensemble, ohne Charakter und ohne Verankerung in Wuppertal und dem Bergischen Land.

Die Vielfalt, die Johannes Weigand über Jahre in unser Opernhaus brachte, ist passé. Innovationen sucht man im neuen Spielplan vergeblich, und es steht zu befürchten, dass so auch Kamiokas Pläne für die nächsten Spielzeiten aussehen werden.

Blockbuster-Oper scheint das Ziel des Intendanten zu sein, und Oberbürgermeister Peter Jung steht offensichtlich hinter diesem Konzept. Kritik ist zumindest von der Stadtspitze nicht zu hören. Im Gegenteil, der Oberbürgermeister ist voll des Lobes für das neue „Konzept“. Dies wohl nicht zuletzt auch im Hinblick auf den städtischen Haushalt.

Ungeachtet der Tatsache, dass es in der öffentlichen Sprachregelung nicht so genannt wird, sehen wir hier doch

einen Effekt des sogenannten Haushaltssicherungsplans. Sinnfreies, sozial bedenkliches, nicht am Nachhaltigkeitsgedanken orientiertes Sparen und die Optimierung des Spielplans auf Massentauglichkeit sind unmittelbare Folgen eines betriebswirtschaftlichen Drucks, welcher der Freiheit und Vielfalt der Kunst abträglich ist.

Ensemble-Sparmaßnahmen als „Nachwuchsförderung“ zu bezeichnen, ist – zurückhaltend formuliert – reine Ironie. Auch durch den Wegfall von Kapellmeister, Theaterpädagog*innen und nicht künstlerischem Personal werden Einsparpotenziale genutzt. Die Aussage, dass die Pädagogik nun dem Bereich Marketing zugeordnet und von diesem miterledigt wird, kann in Anbetracht des hohen Standards, den wir bisher in Wuppertal hatten, und dem damit verbundenen hohen Ansehen weit über die Landesgrenzen hinaus nur als Verspottung verstanden werden.



GENDER STAR

■ GESCHLECHTERGERECHT SCHREIBEN

Mit dieser Ausgabe unserer Zeitung verabschiedet sich die GRÜNE Ratsfraktion von der bisherigen Schreibweise des „Binnen-I“, wie es zum Beispiel in BürgerInnen benutzt wird.

Vor vielen Jahren hatten wir es eingeführt, weil wir die Nase voll davon hatten, andauernd zu hören, dass Frauen doch stets mit gemeint waren, wenn

(fast immer) nur in der männlichen Form geschrieben wurde. Sprache ist nicht nur das wichtigste Kommunikationsmittel zwischen Menschen, sondern auch Ausdruck der Realität, in der wir denken und leben.

Das heißt auch: Sprache ist nicht neutral. Sie ist Ausdruck von gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Wir betrachteten das Binnen-I als einen

IKEA – DER DURCHBRUCH!?

■ DIE GRÜNEN HOFFEN AUF SIEG DER VERNUNFT

Bereits seit Beginn der Planungen für eine IKEA-Ansiedlung in Wuppertal haben wir GRÜNEN immer wieder deutlich gemacht, dass für uns ein IKEA-Möbelmarkt eine gute Sache ist.

Nach neuesten Erkenntnissen kann die Umsetzung nun sogar möglich werden. Ein sogenanntes „fachmarktbezogenes Einkaufszentrum“ mit 45.000 qm Verkaufsfläche auf der grünen Wiese lehnen wir jedoch entschieden ab, da sowohl die Zentren von Elberfeld und Barmen als auch die Nachbarstädte empfindlich darunter leiden würden.

Bei den derzeitigen Planungen wären ca. 25.000 qm für Möbel vorgesehen, die restlichen 20.000 qm entfielen auf andere Anbieter und Produkte. Nach einiger Umsortierung muss das zentrenrelevante Sortiment unter 10% der Gesamtfläche bleiben, daher dürfen jetzt nur noch 4475 qm für Angebote verwendet werden, die es auch in den Innenstädten gibt.

Die Bezirksregierung Düsseldorf stoppte die Pläne für diesen Homepark allerdings mit einer Untersagungsverfügung, woraufhin die Stadt Wuppertal Klage einreichte, um den Weg für das Einkaufszentrum frei zu machen. Mitte Februar wurde bekannt, dass IKEA wohl lieber Möbel verkaufen will, als

einen jahrelangen Klageweg abzuwarten. Wir GRÜNEN stellten in der letzten Ratssitzung dazu einen Antrag, in dem wir forderten, dass die alten Pläne auf Eis gelegt werden und der Rat sich zu den neuen Plänen bekennt. Außerdem wollten wir die Verwaltung beauftragen, jetzt erneut in Verhandlungen mit IKEA einzutreten – mit dem Ziel, einen Möbelmarkt ohne angeschlossenes Fachmarktzentrum in Wuppertal anzusiedeln. Diese Forderungen waren CDU und SPD im Rat dann doch zu viel und sie lehnten unseren Antrag ab. Sie beharren darauf, die alten, großen Planungen zu Ende zu führen. Ihre Argumentation bleibt mittelmäßig, denn auf Landesebene sind insbesondere die Genossinnen und Genossen von der SPD längst weiter und bezeichnen die GRÜNE Idee, einen „normalen“ IKEA in Wuppertal anzusiedeln, als „Königsweg“ und gute Möglichkeit, dem Bedarf für einen Möbelmarkt in Wuppertal gerecht zu werden. Somit scheint die Initiative der rot-GRÜNEN Landesregierung zur Stärkung der Innenstädte Früchte zu tragen, denn in Düsseldorf wurde zum Thema Einzelhandel immer mit großer Mehrheit beschlossen, dass die Zeit der Einkaufszentren auf der grünen Wiese endgültig vorbei ist.



Foto: Mathias Kehren



GUTEN TAG!

Liebe Leser*innen,

in dieser Ausgabe berichten wir Ihnen wieder über das vielfältige bündnisGRÜNE Engagement im und um das Rathaus.

Lesen Sie selbst, wie wir GRÜNEN die kommunale Energiewende fördern wollen, wie CDU und SPD unseren Antrag auf Bürgerbeteiligung plagiierten und wie unser Engagement für mehr Gleichstellung in den Gremien aussieht. Darüber hinaus informieren wir Sie über unsere Meinung zum Umbau des Döppersbergs und viele weitere Facetten der aktuellen Politik, die wir gestalten oder kritisch begleiten.

Langsam, aber sicher geht die aktuelle Ratsperiode zu Ende. Am 25. Mai wird der Rat neu gewählt.

Genießen Sie den Frühling in vollen Zügen!

Ihr Redaktionsteam

AUS DEM INHALT

Seite 2
Kommunale Energiewende

Seite 3
Gastbeitrag: Geburtshaus Wuppertal

Seite 4
Umbau Döppersberg

Seite 5
150 Jahre Barmer Verschönerungsverein und Wuppertals grüne Anlagen

Seite 6
Finanzsituation in Wuppertal



AUSBAU DER KINDERBETREUUNG IN WUPPERTAL

■ WENN ANSPRUCH UND REALITÄT AUFEINANDERPRALEN

In der Kinderbetreuung hat sich viel getan. 2008 trat das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in Kraft, der Fokus wurde über den reinen Betreuungsaspekt hinaus auch auf die frühkindliche Bildung gelenkt. Die Betreuungszeiten wurden ausgeweitet und dienen somit einer stärkeren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

All dies sind aus Sicht der GRÜNEN Jugendhilfe- und Gleichstellungspolitik Schritte auf dem richtigen Weg. Kindertagesstätten dienen mehr denn je der ganzheitlichen Entwicklung und frühkindlichen Bildung von Kindern, und in Wuppertal ist die gute Qualität der von vielen verschiedenen Trägern geführten Einrichtungen unbestritten. Das positive Bild wird jedoch durch den Platzmangel getrübt. So hat sich die Situation seit dem Sommer 2013 deutlich verschärft, denn seit diesem Zeitpunkt gibt es einen Rechtsanspruch auf die Betreuung von unter dreijährigen Kindern.

Insgesamt fehlen in Wuppertal gut 1000 Plätze. Auch wenn zum diesjährigen Kindergartenjahr 250 neue Plätze geschaffen worden sind, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Not groß ist. Zudem hat die sicherlich richtige und wichtige Förderung der U3-Plätze, gepaart mit dem Rechtsanspruch, eine andere drama-

tische Folge: Die Plätze für die über dreijährigen Kinder werden rarer. Es kann vorkommen, dass Kinder mit drei Jahren ihre gewohnte Einrichtung verlassen müssen, weil dann nur in einer anderen Kita ein Platz für sie frei ist – eventuell noch nicht einmal in direkter Nähe, sondern in einem anderen Stadtteil. Das bedeutet neben dem für die Kinder belastenden Herausreißen aus dem gewohnten Umfeld auch mehr Organisationsaufwand für die Eltern und möglicherweise Schwierigkeiten, Übergangszeiten bis zum Erhalt des Platzes in der anderen Einrichtung zu überbrücken. All dies ist oftmals nur schwerlich mit den Anforderungen des Berufslebens zu vereinbaren – davon können gestresste, betroffene Eltern ein Lied singen.

Neu- und Anbauten von Einrichtungen der freien Träger und der Stadt sollen sowohl den Notstand bei den U3-Plätzen lindern als auch dazu beitragen, den Rechtsanspruch zu erfüllen. Die Problematik der fehlenden Plätze kann in einigen Stadtteilen auf diese Weise zwar abgedeckt werden, von der Erfüllung des Rechtsanspruches ist Wuppertal aber noch weit entfernt. Zumal in manchen Stadtteilen Wuppertals die Kinderzahlen ansteigen und kirchliche Träger in den vergangenen Jahren aus finanziellen Gründen einige Gruppen schließen mussten.



Foto: Mathias Kehren

Auch der sukzessive Ausbau der Kindertagespflege hilft nicht weiter, denn auch hier klaffen Angebot und Nachfrage auseinander, und Eltern müssen nicht unbedingt einen vom Jugendamt zugeteilten Platz in der Kindertagespflege annehmen. Unlängst urteilte das Verwaltungsgericht Köln, dass der Anspruch der Eltern auf einen Betreuungsplatz in einer Kita nicht mit dem Angebot, das Kind von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreuen zu lassen, abgegolten sei, und sich der angebotene Kita-Platz im

Umkreis von fünf Kilometern um das räumlich-soziale Umfeld des Kindes befinden muss.

Kindertagespflege in Wuppertal, so könnte man denken, befindet sich am Scheideweg. Aber man darf bei aller Not um die Plätze nicht unterschlagen, dass dies zuweilen ein hausgemachtes Problem ist. Denn wenn die Kitas für den Ausbau ihrer U3-Plätze Fördermittel verwendet haben, sind sie jetzt verpflichtet, jedes Jahr mindestens so viele U3-Plätze anzubieten, wie gefördert wurden. Je nachdem,

wie alt die Kinder in der Kita sind, stehen dann folglich zu wenige U3-Plätze zur Verfügung. Hinzu kommt, dass Eltern statt des Kita-Platzes die angebotene Unterbringung in der Kindertagespflege von Rechts wegen nicht annehmen müssen und dass auch die Menge der Tagesplätze in Wuppertal begrenzt ist. Denn es ist in der Regel nicht sonderlich attraktiv, als Tagesmutter oder -vater zu arbeiten. Die Vergütungssätze pro betreutem Kind sind trotz Anhebung im vergangenen Jahr immer noch sehr gering, hauptberuflich davon leben kann kaum jemand. Dies führt zu der paradoxen Situation, dass es zwar genug ausgebildete Tagespflegepersonen im Tal gibt, aber schätzungsweise nur gut 50% derjenigen, die den Ausbildungskurs besuchen, später auch die entsprechende Tätigkeit aufnehmen.

Die GRÜNE Fraktion wird deswegen

- die Weiterentwicklung des KiBiz im Hinblick auf Qualitätsstandards und die finanzielle Ausstattung kritisch begleiten bzw. forcieren,
- den Ausbau von Kita-Plätzen vorantreiben, um Versorgungslücken zu minimieren,
- die Kindertagespflege als eigenständige Betreuungsform im Blick behalten und sich für bessere Rahmenbedingungen einsetzen.

KOMMUNALE ENERGIEWENDE

■ KLIMASCHUTZ IN WUPPERTAL

Erfolgreich, wenn alle mitmachen

Mit Verabschiedung der Bergischen Erklärung im Rat der Stadt am 07.12.2012 war der Startschuss zur 100% Erneuerbaren Energieregion Bergisches Land gefallen. Bergische Abgeordnete aus Land- und Bundestag sowie Städte und Kommunen verpflichteten sich, die Energiewende umzusetzen. Im Sommer 2013 wurde das Klimaschutzkonzept Erneuerbare Energien für das Bergische Städtedreieck beschlossen.

GroKo tritt auf die Bremse

Mit der aktuellen Diskussion über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und den Plänen, den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschränken, vollführt die rot-schwarze Bundesregierung eine Rolle rückwärts. Ins Visier der Kritik geraten die hohen Stromkosten, die bei näherer Betrachtung nicht durch die erneuerbaren Energien verursacht werden, sondern durch die Ausnahmeregelungen bei der EEG-Umlage für mehr oder weniger energieintensive Unternehmen.

Der aus erneuerbaren Energiequellen erzeugte Strom lässt die Preise an der Strombörse purzeln, nur werden diese Preise nicht an die Verbraucher*innen weitergegeben. Bei der Energiewende geht es nicht um billigen Strom, sondern um Klimaschutz und das Erreichen des 2-Grad-Ziels. Nicht nur der Stromverbrauch muss sinken. Wärmeerzeugung und Mobilität sind weitere Bereiche, die komplett umgestaltet werden müssen.

Bürgerbeteiligungsprojekt „Energiewende in Wuppertal“

Darum hat die GRÜNE Ratsfraktion einen Antrag formuliert, der die Energiewende in Wuppertal voranbrin-



Foto: Mathias Kehren

gen soll: Wir fordern ein Bürgerbeteiligungsprojekt „Energiewende in Wuppertal“, damit interessierte Menschen über konkrete Maßnahmen diskutieren und sich aktiv daran beteiligen können.

Themen gibt es im Rahmen der 100% Erneuerbare Energieregion Bergisches Land genug: die Zukunft der Heizkraftwerke Barmen und Elberfeld, dezentrale Fernwärmenetze oder die Wärme- und Stromversorgung von Wohngebäuden durch Kraft-Wärme-Kopplung, um nur einige konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz zu nennen.

Die rot-GRÜNE Landesregierung in NRW zeigt, dass es geht: www.klimaschutz.nrw.de/mitmachen/online-beteiligung.

Wir wollen, dass die Stadt Wuppertal eine übersichtliche Internet-Präsentation ihrer Klimaschutz- und Energie-

konzepte erstellt und regelmäßig über den Stand der Energiewende in Wuppertal berichtet. Leider wurde unser diesbezüglicher Antrag in der letzten Ratssitzung im Februar von SPD, CDU, FDP und WfW abgelehnt.

Energiewende lokal

Der Klimaschutz und die Energiewende sind nicht allein Bundesangelegenheiten. Wichtig ist, dass auf lokaler Ebene gehandelt wird, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Dafür sind eine starke Beteiligung aller Akteurinnen und Akteure und eine öffentliche Diskussion unbedingt notwendig. Privatinvestor*innen und Bürgerenergiegenossenschaften sind wichtig zur Fortführung der Energiewende. 100% Erneuerbare Energien zu bezahlbaren Preisen sind machbar. Die bündnisGRÜNE Ratsfraktion wird sich weiter für die Gestaltung der Energiewende auf lokaler und regionaler Ebene einsetzen.

GRÜNE BILANZ 2009 – 2014 IST DA

Fünf Jahre GRÜNES Engagement in den Gremien – da kommt eine ganze Menge zusammen. Wir haben die wichtigsten politischen Aktivitäten der Fraktion als Bilanz dieser Ratsperiode auf unserer Homepage veröffentlicht.

Wir möchten Ihnen an dieser Stelle einen kleinen Auszug der Themen nennen, mit denen sich die GRÜNE Ratsfraktion in den vergangenen Jahren beschäftigt hat:

Platz am Kolk beleben • IKEA ohne Homepark ansiedeln • Bürger*innenbeteiligung stärken • Städtische Finanzen • Verbesserung von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr • Umbau des Döppersbergs • Ausbau erneuerbarer Energien • Faires Frühstück • mehr Tempo-30-Zonen • Inklusion • Schulsozialarbeit • Gemeinsames Lernen • Schulsanierungen • Armut im Alter • Pflegesituation • Suchtprophylaxe • Kinderbetreuung • Spielplätze • Vereinbarkeit von Beruf und Familie • Mehr Frauen in die Gremien • Equal Pay Day • Unterstützung der Freien Kulturszene • Zukunft des Schauspielhauses • Wuppertaler Bühnen • Integration fördern • Unterstützung des Fanprojektes • Erhalt der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus • Schließung von Bädern • Freiwillige Feuerwehren einsatzfähig halten • Tierschutz absichern • Winterdienst usw.

Die komplette Bilanz der Fraktion finden Sie auf unserer Homepage unter www.gruene-wuppertal.de

Die nächste Kommunalwahl findet am 25.05.2014 statt.



Archivfoto: Jörg Lange

GASTBEITRAG: GEBURTSHAUS WUPPERTAL

■ UNTERSTÜTZEN SIE UNS – WIR KÄMPFEN BIS ZUM SCHLUSS!

Die endgültige Kündigung des Versicherungsvertrags für die Berufshaftpflichtversicherung von freiberuflichen Hebammen war ein Schock. Dies kommt einem Berufsverbot für Hebammen gleich und bedeutet auch das Aus für das Wuppertaler Geburtshaus.

In der Konsequenz verlieren Schwangere damit ihr gesetzlich verankertes Recht auf die freie Wahl des Geburtsortes ihres Kindes. Sie verlieren eine hochwertige Hebammenversorgung und Betreuung in der Vorsorge, bei der außerklinischen Geburt und auch im Wochenbett. Die Ausübung des Hebammenberufes reduziert sich dann auf die in einem Klinikbetrieb möglichen Tätigkeiten.

Das Wuppertaler Geburtshaus ist seit Jahren eine sehr gut frequentierte Anlaufstelle für Schwangere und Mütter aus Wuppertal und allen umliegenden Städten. Es gibt schon heute einen höheren Bedarf, als abgedeckt werden kann – in Wuppertal ebenso wie in ganz Deutschland.

Im Grunde kann man dem Versicherer noch nicht einmal einen Vorwurf machen. Denn die Kosten pro Schadensfall steigen überproportional. Es ist uns sehr wichtig, darauf hinzuweisen,

dass es keine Steigerung der Schadensfallzahlen gibt, was im ersten Moment gerne vermutet wird. Die Kostensteigerung ist allein dem technischen Fortschritt geschuldet, der heute eine ganz andere und auch lebensverlängernde Versorgung von kranken oder durch Behandlungsfehler nicht gesund geborenen Babys ermöglicht.

Was also tun?

Die öffentliche Entrüstung, Aktionen und Demonstrationen haben dazu geführt, dass den Beteiligten klar geworden ist: Wir brauchen eine politische Lösung. Wir brauchen ein gesamtgesellschaftliches Bekenntnis, wie Verantwortung übernommen werden soll. Wie wichtig sind uns Kinder, Frauen, Hebammen? Wer ist zuständig für die Kosten von Schwangerschaft und Geburt – wirklich die Krankenkassen und/oder die Versicherer, wenn Leben erhalten wird oder mit allen Mitteln der Kunst Behandlungsfehler ausgeglichen werden sollen? Ist dies nicht eher eine moralische Frage? Insofern ist es gut und richtig, dass diese Diskussion durch die Kündigung der Versicherung auf breiter Ebene geführt wird. Die bisherige Verzweiflung des Haftpflichtbeitrags von Hebammen innerhalb weniger Jahre

hat ohnehin schon zu einem Aussterben des Handwerks geführt. Es ist richtig, dass die Forderungen und Signale auf höchster politischer Ebene und im Koalitionsvertrag angekommen sind. Doch die Zeit drängt, und kostenintensive Bekenntnisse sind schwer zu bekommen. Es ist zu befürchten, dass die Mühlen zu langsam mahlen und ein immenser Schaden entsteht, wenn nicht zeitnah eine langfristige Lösung gefunden wird. Deshalb rufen wir alle Bürger*innen auf, sich an der Petition „Rettet unsere Hebammen“ zu beteiligen. Wir brauchen diese Unterstützung: nicht nur zur Rettung der Hebammen, sondern vor allem zur Rettung schwangerer Frauen und auch im Sinne aller Kinder, die ein Recht darauf haben, in Ruhe geboren zu werden. Jeder Tag ohne Lösung verschlimmert die Situation. Aufgrund des schon jetzt fehlenden Hebammen-Nachwuchses werden wir die Folgen dieser Entwicklung noch eine ganze Zeit spüren, selbst wenn kurzfristig eine Lösung gefunden würde.

Unterstützen Sie uns bei der online-Petition auf change.org. Helfen Sie mit, den würdigen Fortbestand unserer Gesellschaft zu sichern.

Infos auch unter www.geburtshaus-wuppertal.de > Aktuelles



Fotos: Privat

SO GEHT GLEICHBERECHTIGUNG BEI GRÜNS



Foto: Mathias Kehren

- Richtig quotiert: für die GRÜNEN sitzen 6 Frauen und 5 Männer im Rat der Stadt
- Geschlechtergerechte Sprache: praktizieren wir schon lange, weil Frauen bei uns auch in der Sprache zu 50 Prozent aktiv sind und nicht nur „mitgedacht“ werden
- Der Reißverschluss: bei uns kommen Frauen und Männer abwechselnd zu Wort
- Für Menschen mit Kindern: wir nehmen Rücksicht und treffen uns zu familienfreundlichen Zeiten
- Einmischen erwünscht: bei uns gibt es keine Hinterbänkler*innen, alle diskutieren mit
- Akzeptanz und Toleranz: wir lassen uns ausreden und hören einander zu
- Alle kommen dran: wir wechseln uns mit der Sitzungsleitung ab
- Fraktionsarbeit: wird bei uns auf viele Schultern verteilt
- Offene Diskussionskultur statt informeller Kultur
- Keine Nachtschicht: wir haben gute Erfahrungen mit verbindlichen Sitzungszeiten gemacht

GRÜNE FÜR MEHR FRAUEN IN DEN GREMIEN

■ SCHLECHTES ZEUGNIS FÜR DIE STADT

Der Wuppertaler Gremienbericht stellt der Stadt ein schlechtes Zeugnis aus. In ihm wird die Unterrepräsentanz von Frauen in der Wuppertaler Politik klar beziffert. Drei Beispiele verdeutlichen das Missverhältnis:

- Der Rat der Stadt Wuppertal setzt sich zu zwei Dritteln aus Männern und nur zu einem Drittel aus Frauen zusammen.
- In 20 Aufsichtsgremien gibt es nur zwei Frauen in Leitungsfunktionen.

• Von den 151 Menschen, die in Aufsichtsgremien entsandt wurden, sind 118 Männer und nur 33 Frauen.

Der Ausschuss für Gleichstellung befasste sich im November letzten Jahres mit dem Bericht und fand die Ergebnisse so bedeutsam, dass einstimmig beschlossen wurde, den Rat der Stadt darüber in der Ratssitzung zu informieren. Dazu kam es leider nicht, denn Oberbürgermeister Jung (CDU) nahm diesen Punkt ohne Angabe von

WOHIN MIT DEN AUTOS RUND UM DIE KLINIKEN?

GRÜNE Initiative zur Parkraumbewirtschaftung im Rat an CDU und SPD gescheitert

Presseberichten zufolge planen die Kliniken in Wuppertal, ihre Standorte zu konzentrieren. Am Helios-Klinikum in Barmen soll ein Neubau entstehen. Das führt dazu, dass dann auch die Aufgaben des Herzzentrums am Arrenberg übernommen werden. Auch der Krankenhausverbund der Cellitinnen (dazu gehören: St. Josef, St. Petrus und St. Anna) steht vor Veränderungen. Der Beschluss, die St.-Anna-Klinik an der Vogelsangstraße zu schließen und mit einem Erweiterungsbau an den Barmer Standort des Petrus-Krankenhauses anzubinden, wird in den nächsten Jahren umgesetzt.

Bei beiden Planungen sind allerdings noch viele offene Fragen zu klären. Ein wichtiger Aspekt ist die Einbindung der Anwohnerinnen und Anwohner bei der Gestaltung des Umfeldes der Krankenhäuser. Insbesondere die Frage nach den Parkplätzen für Mitarbeiter*innen und Besucher*innen stellt das Wohnumfeld immer wieder vor Probleme.

Rund um das Helios-Klinikum gibt es schon seit Langem Schwierigkeiten mit den vorhandenen Parkflächen, aber auch am Petrus-Krankenhaus wird es in Zukunft eng.

Wir GRÜNEN griffen das Thema deshalb im Verkehrsausschuss auf und wollten mit einem Antrag für mehr Steuerung des Parkraumes sorgen. Da wir dabei auch das heilige und heikle Thema Parkraumbewirtschaftung anpackten, war die Diskussion schnell zu Ende. CDU und SPD beharrten darauf, dass Parkscheinautomaten nur in den Zentren von Elberfeld und Barmen eingesetzt werden dürfen und nicht, um den knappen Parkraum an anderer Stelle zu regeln. Also musste unser Antrag in den Rat. Dort forderten wir dann Folgendes: Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf Standorte an der Vogelsangstraße, an der Hainstraße (am Bethesda-Krankenhaus) und rund um das Helios-Klinikum, mehr Parkausweise für die Anwohner*innen, um im Nahbereich Parkfläche für die Anwohnerinnen und Anwohner zu reservieren, offensive Werbung für das Jobticket der WSW,

damit mehr Beschäftigte das Busangebot nutzen, und die Einbindung der Bezirksvertretungen in den Prozess. Darüber hinaus möchten wir, dass für Barmen ein Verkehrs- und Parkraumkonzept rund um die Kliniken erarbeitet wird.

Im Rat war das Thema für die anderen Fraktionen schnell erledigt. Sie halten Parkraumbewirtschaftung für schlecht, also lehnten sie gleich den ganzen Antrag ab. Somit blieb auch die Diskussion über ein Verkehrskonzept für die Zukunft der Klinikstandorte in Barmen aus.

Für uns GRÜNE steht jetzt im Vordergrund, den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu führen. Wir bleiben auf jeden Fall am Ball, denn die Probleme bestehen ja weiterhin, auch wenn die große Kooperation aus CDU und SPD die Diskussion nicht im Rat der Stadt Wuppertal führen wollte. Für die Anwohnerinnen und Anwohner ändert sich also nichts, es bleibt vorläufig beim umständlichen und nervenzehrenden Parksuchverkehr, bei der Suche nach dem kostenlosen Platz in der Seitenstraße.



Foto: Privat

Erhöhung des Frauenanteils in den Wuppertaler Gremien stark zu machen. Der Gremienbericht zeigt deutlich, dass sich Politiker*innen endlich für die Gleichberechtigung der Geschlechter auch in den eigenen Reihen einsetzen müssen. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, allgemeine Bekenntnisse der Politik reichen nicht mehr. Jetzt müssten Taten folgen. Schade, wieder einmal haben die Herren (und einige wenige Damen) eine Chance vertan.

GASTKOMMENTAR: SECOND BEST? DIE OPTIONSPFLICHT MUSS WEG!

■ VON JUTTA VELTE MDL, BERGISCHE LANDTAGSABGEORDNETE DER GRÜNEN

Um es gleich vorwegzunehmen: Aus GRÜNER Sicht sollte die Mehrstaatigkeit für alle Menschen anderer Herkunft auch in unserem Land der Regelfall sein – genauso, wie es für EU-Bürger*innen schon seit Langem eine Selbstverständlichkeit ist. Ungeachtet dessen muss aus unserer Sicht zumindest die Optionspflicht ohne Wenn und Aber abgeschafft werden.

Mit ihrem Koalitionsvertrag hätte die große Koalition die historische Chance gehabt, durch die Einführung der Mehrstaatigkeit all den Migrant*innen, die hier leben, arbeiten, wohnen und alt werden, nach mehr als 50 Jahren Einwanderung die vollen staatsbürgerlichen Rechte zu ermöglichen. Dazu konnten sich SPD und CDU nicht durchringen. Als schwacher Kompromiss soll nun für alle diejenigen, die in Deutschland geboren und – das ist der

aktuelle Streitpunkt – aufgewachsen sind, die Optionspflicht abgeschafft werden.



Foto: Privat

Die Älteren werden sich erinnern – im Jahr 2000 gab es eine intensive Diskussion um die doppelte Staatsangehörigkeit für nicht EU-Bürger*innen.

Eine Diskussion, die in einer Unterschriftenaktion der CDU gegen Mehrstaatigkeit ihren Höhepunkt fand. Nur wenige Jahre vorher hatte die Initiative „Referendum Doppelte Staatsbürgerschaft“ innerhalb von nur neun Monaten mehr als eine Million Unterschriften für die Einführung der Doppelten Staatsbürgerschaft für alle hier lebenden Migrant*innen gesammelt und dem Deutschen Bundestag übergeben. Trotz dieses beeindruckenden Votums aus der Bevölkerung führte die Blockadehaltung der CDU zu dem bekannten Kompromiss: Kinder, die in Deutschland geboren sind, müssen sich seither bis zu ihrem 23. Lebensjahr zwischen der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern oder der deutschen entscheiden – und damit zwischen ihren familiären Wurzeln und ihrer Lebenswirklichkeit als Deutsche. Stellen sie keinen ent-

sprechenden Antrag, verlieren sie mit 23 automatisch ihre deutsche Staatsangehörigkeit.

Jugendlichen aus der EU stellt sich diese Frage nicht. Sie können Spanier*innen, Griech*innen, Pol*innen und Deutsche sein, wie etwa der frühere Ministerpräsident von Niedersachsen und jetzige CDU-Spitzenkandidat für Europa, der britisch-deutsche David McAllister.

Die Optionspflicht soll zu Recht jetzt fallen, doch die ersten Gesetzentwürfe lassen nichts Gutes ahnen. Um die Bezeichnung aufgewachsen zu definieren, wurde ein komplizierter Entwurf zum Thema erarbeitet. Die Rede ist von einem Nachweis des Aufenthalts innerhalb bestimmter Fristen oder einem Schulabschluss (mit welcher Deutschnote?). Wird das verwirklicht, dann gibt es statt einer

vorbehaltlosen Abschaffung der Optionspflicht ein Bürokratiemonster, das vor allem diejenigen Deutschen diskriminiert, deren Eltern eine andere Staatsangehörigkeit besitzen.

Die rot-GRÜNE Koalition in NRW hat deswegen im letzten Plenum einen Antrag verabschiedet, der die vorbehaltlose Abschaffung der Optionspflicht und eine unbürokratische Lösung für diejenigen fordert, die ihren deutschen Pass schon abgeben mussten.

Wie es jetzt weiter geht, ist noch unklar. Dies ist bitter für alle, die in diesem Jahr 23 werden. Um denen zu helfen hat der NRW-Innenminister in einem Erlass die Ausländerämter darauf hingewiesen, eingehende Anträge auf Beibehaltung der deutschen Staatsbürgerschaft solange liegen zu lassen, bis die Frage geklärt ist.

UMBAU DÖPPERSBERG

■ VOLLSPERRUNG HÄLT VERWALTUNG AUF TRAB

Die vom Rat am 24. Februar beschlossene Unterbrechung der B7 auf einer Länge von 500 Metern für drei Jahre hält die Verwaltung auf Trab.

Im Rahmen eines Bürgerforums wurden die Pläne am 26. Februar erläutert. Nach anfänglichen Bedenken haben sich IHK, Einzelhandelsverband und die Interessengemeinschaften der Einzelhändler*innen von den Argumenten der städtischen Verkehrsexpert*innen und dem von der IHK beauftragten Gutachter überzeugen lassen. Die Präsentation von Gutachter Dr. Frank Weiser können Sie auf der städtischen Homepage www.wuppertal.de mit dem Stichwort „Weiser“ finden. Das Gutachten war ein wichtiger Grund für die GRÜNE Ratsfraktion, am 24. Februar im Rat für die Teilspernung der B7 zu stimmen. Vorgestellt wurde auch die Kommunikationsstrategie von Prof. Busmann. Er setzt auf zwei wesentliche Methoden: eine Zeitung, die viermal im Jahr erscheinen soll (so wie die Zeitung der bündnisGRÜNEN Ratsfraktion), und eine App für Smartphones, die aktuelle Informationen zu Baustellen, Umleitungen usw. bietet. Darüber hinaus soll die Webseite verbessert werden, da sie für Nichteingeweihte zu unübersichtlich sei. Ganz wichtig sind laut Prof. Busmann Bilder, und



Foto: Mathias Kehren

daran hapert es bisher. Zwar zeigt die Stadt auf www.doepfersberg.de Bilder und es gibt sogar einen animierten Rundflug über den Döppersberg. Diese Bilder stammen jedoch teilweise noch vom Architekturbüro JSWD, mit dem die Stadt die Zusammenarbeit im Jahr 2010 beendet hat. Offensichtlich kann oder will die Stadt niemanden damit beauftragen, 3-D-Grafiken zu konstruieren. Folglich gibt es auch vom Investorengebäude, das auf dem Bahnhofsvorplatz gebaut wird, nur Bilder des Büros Chapman Taylor. Auf diesen erscheint das Bahnhofsges-

bäude sehr klein, und sie dienen wohl eher werblichen Zwecken.

Projektleitung wechselt

In der Planungs- und Baubegleitkommission Döppersberg wurden am 13. Februar die neuen Projektleiter*innen für das Projekt Döppersberg vorgestellt, Frau Langer und Herr Lauersdorf. Sie kommen von den Wuppertaler Stadtwerken.

Begleitmaßnahmen

Die Stadtverwaltung, konkret das Ressort Verkehr, ist zurzeit vollauf mit den

Begleitmaßnahmen der B7-Spernung beschäftigt. An der Steinbecker Meile soll aus dem Kreisverkehr eine T-Kreuzung mit Ampeln werden. An der Ronsdorfer Straße (Rampe Schwarzer Mann) muss eine Abbiegespur von der Blankstraße in die Ronsdorfer Straße Richtung Wolkenburg gebaut werden. Der Verkehr von der Wolkenburg wird über die Weststraße zum Kleeblatt geführt.

Die Sperrung der B7 soll in den Sommerferien eingerichtet werden, eigentlich müssten also bis dahin alle Begleitmaßnahmen abgeschlossen sein. Das ist trotz des milden Winters eine Herausforderung.

Ende 2014 soll der Fußgängertunnel geschlossen werden. Dann können Fußgänger*innen über eine Baustellenbrücke von der Schwebebahnstation zum Bahnhof gelangen.

Die GRÜNEN sind weiterhin für den Umbau des Döppersbergs, werden aber der Verwaltung auch bei den nächsten Schritten der Umsetzung auf die Finger schauen, damit die Sorgen und Ängste der Einwohner*innen ernst genommen werden. Wir halten es für unabdingbar, dass die Menschen in Wuppertal verständlich und umfassend über die Baumaßnahmen informiert werden, damit es nicht – wie bei vielen anderen Großprojekten – zu einem Chaos kommt.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204
Fax: 0202. 59 64 88
E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.),
Sylvia Meyer (Redaktion), Karin Bohr,
Bettina Brücher, Ute Eichler-Tausch, Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Martin Möller,
Ilona Schäfer, Marc Schulz, Tina Schulz,
Gerta Siller, Marcel Simon

Gastbeiträge und Kommentare:

Jutta Velte MdL, integrationspolitische Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion
Klaus-Günther Conrads, Mitglied des Barmer Verschönerungsvereins und Wuppertals grüne Anlagen

Kristin Seeland, Geburtshaus Wuppertal e.V.

Satz und Gestaltung:
werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Druck:
talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Auflage: 16.000

Diese Ausgabe liegt u. a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Simonsstraße 36; AStA, Berg. Universität; bioSophie, Sophienstr. 26; Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Kreisgeschäftsstelle GRÜNES Büro, Friedrich-Ebert-Str. 76; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38;

Die Abgabe ist kostenlos!

BÜRGERBETEILIGUNG WEITERENTWICKELN

■ BÜRGER*INNEN MÜSSEN ERNST GENOMMEN WERDEN

Anfang dieses Jahres lud das „Kompetenznetz Bürgerhaushalt“ die politischen Parteien zu einer Diskussion mit dem Thema „Waren wir gut?“ ein, in der über die bislang in Wuppertal durchgeführten Bürgerbeteiligungsverfahren Bilanz gezogen werden sollte.

Die anwesenden Politiker (CDU, FDP und WfW waren der Einladung nicht nachgekommen) waren sich überwiegend einig, dass insbesondere das auf Beschluss der großen Koalition im Rat durchgeführte Projekt zum Haushalt ein Flop war und weit unter den Erwartungen blieb. Genau das hatte

die GRÜNE Ratsfraktion bereits in einem Antrag Ende 2013 festgestellt und deshalb eine Auswertung der bisherigen Erfahrungen beantragt sowie darauf aufbauend die Erarbeitung eines Leitfadens, der Grundsätze zur Gestaltung der Mitwirkungsmöglichkeiten in unserer Stadt festhalten soll. Denn vor allem die Verfahren zum Haushaltsentwurf 2014/2015 und zu Wuppertal 2025 haben gezeigt, dass die Angebote, die sich fast ausschließlich auf Internetforen konzentrierten, unausgereift waren und deshalb nicht angenommen wurden. Erschwerend kam hinzu, dass

keiner der Bürger*innen-Vorschläge zum Haushalt ernsthaft von der Ratsmehrheit aufgegriffen wurde. Warum sollten sich die Menschen in ihrer Freizeit an einem solchen Verfahren beteiligen, wenn die Politik nicht bereit ist, ihre Anregungen ernst zu nehmen und darauf einzugehen?

Da die Kritik an den vergangenen Projekten von fast allen politischen Kräften geteilt wurde, hätte man damit rechnen können, dass der GRÜNE Antrag im Rat breite Unterstützung finden würde. Aber weit gefehlt – um nicht der Initiative einer anderen Fraktion zustimmen zu müssen, grif-

fen CDU und SPD zwei Monate später auf ein schon oft praktiziertes Mittel zurück: das Plagieren fremder Anträge. Ohne Skrupel wurde ein eigener Beschlussvorschlag veröffentlicht, der zwar ebenfalls eine Evaluation und einen Leitfaden für die Zukunft fordert, ansonsten aber auch durchblicken lässt, dass man dem Thema „Partizipation“ mit einer gehörigen Portion Skepsis gegenübersteht. So wird darin immer wieder auf die Grenzen der Mitwirkungsmöglichkeiten verwiesen und das Entscheidungsrecht des Rates hochgehalten, das in der Debatte bislang niemand ernsthaft in Frage

gestellt hat. Daraus wird deutlich, dass eine offensive Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung eigentlich gar nicht gewollt ist.

Bürgerbeteiligung darf nicht nur als Marketinginstrument missbraucht werden, sondern muss ernsthaft betrieben werden, damit eine Veränderung der politischen Kultur erreicht wird und sich die Stadt in Richtung einer Bürger*innenkommune wandelt. Dafür braucht es endlich einen politischen Wechsel im Rat, da die bisherige Ratsmehrheit aus CDU und SPD hierfür eindeutig nicht zur Verfügung steht.

VORGESTELLT: 150 JAHRE BARMER VERSCHÖNERUNGSVEREIN UND WUPPERTALS GRÜNE ANLAGEN

■ VON KLAUS-GÜNTHER CONRADS, MITGLIED DES VEREINS

Als vor einigen Monaten eine bundesweite Befragung Wuppertal zu Deutschlands grünster Großstadt erkor, fühlten sich die Aktiven des Fördervereins Historische Parkanlagen in ihren Bemühungen um „Wuppertals grüne Anlagen“ gestärkt. Seit Jahren werben die Webseite www.wuppertals-gruene-anlagen.de, eine hübsche Z-Card und eine Parkführer-Buchreihe (Band 1: Nordpark, 2: Grüne Meile Lüntenbeck, 3: Wasserreich Mirker Hain, 4: Gartendenkmal Hardt, 5: Landschaftspark Zoo, 6: Barmer Anlagen) für die grünen Schätze unserer Stadt.

Einen weiteren touristischen und naturbewahrenden Aspekt hat eine Mitgliedschaft im Europäischen Gartennetzwerk (EGHN). Einer Initiative von Dirk Fischer folgend haben die Stadt Wuppertal für die Hardt mit dem Botanischen Garten und für den Zoologischen Garten sowie der Barmer Verschönerungsverein für seine Barmer Anlagen die Mitgliedschaft beantragt und dürfen sich auf Besuche aus anderen Regionen und Ländern



Foto: Klaus-Günther Conrads: Die wunderschöne Dicke-Ibach-Treppe im Ringeltal zur Zeit der Rhododendronblüte.

freuen. Diese Mitgliedschaft im Kreis von rund 200 europäischen Parks wertet die Bedeutung von Wuppertals grünen Anlagen auf und ist zugleich eine große Herausforderung. Eine Webseite und viele Broschüren machen auf unsere grünen Highlights Lust!

Die Barmer Anlagen sind rund um die Uhr geöffnet. Anders als bei der Hardt oder dem Nordpark gehören die 100

Hektar Park und Wald nicht der Stadt, sondern dem Barmer Verschönerungsverein, der sich seit 150 Jahren um Erhalt und Pflege kümmert. Damit die Barmer Anlagen kostenlos zum Spazieren, Wandern, Laufen, Erholen und Entspannen genutzt werden können, benötigt der Verein die Beiträge seiner Mitglieder, Spenden, Zuwendungen und Nachlässe.

Bei seiner Gründung im Jahr 1864 war der Barmer Verschönerungsverein eine der ersten Bürgerinitiativen „pro Grün“. Das Ziel der Gründer war in jener Zeit, in der sich die Stadt Barmen industriell rasant entwickelte und immer mehr Flächen bebaut wurden, einen Park zur Erholung der arbeitenden Bevölkerung anzulegen. Das nötige Geld zum Erwerb von Grundstücken wurde durch Lotterien erwirtschaftet. Flächen wurden günstig gekauft und gewinnbringend wieder verkauft, wenn sie für den Park nicht benötigt wurden.

Mit der Gestaltung der verschiedenen Parkräume wurden namhafte Gartenarchitekten beauftragt. Die Pläne des Düsseldorfer Hofgärtendirektors Joseph Clemens Weyhe für die Unteren und Oberen Anlagen setzte Peter Schölgen um. Oskar Hering gestaltete das Ringeltal, Artur Stütting das Fischertal. Der Ehrenfriedhof wurde vor 100 Jahren im Barmer Wald angelegt. Während andere berühmte Parks, zum Beispiel in Dessau-Wörlitz, Bad Muskau oder Potsdam-Sans-

souci auf Könige, Fürsten oder Grafen zurückgehen, sind die Barmer Anlagen die zweitgrößte deutsche Parkanlage in bürgerschaftlichem Besitz. Sie gehören den knapp 900 Mitgliedern.

„Wir wollen im Jubiläumsjahr wieder auf 1.000 Mitglieder kommen“, erklärt Peter Prange, der Vorsitzende des Barmer Verschönerungsvereins, hoffnungsvoll. Dazu dienen viele Veranstaltungen und Exkursionen.

Herausragende Bedeutung haben in den Barmer Anlagen die zahlreichen, über den gesamten Park verstreuten Denkmäler, deren Vergangenheit Mosaiksteine der Stadtgeschichte sind. Auf dem höchsten Punkt steht der Toelleturm, Barmens Wahrzeichen. Er kann von Ostern bis Ende September bei trockenem Wetter sonn- und feiertags von 11 bis 17 Uhr bestiegen werden. In seiner Nachbarschaft entsteht zum Jubiläum ein Kiosk mit Toilette und Kinderspielplatz.

Weitere Informationen: www.barmer-anlagen.de

IM DSCHUNDEL DER VORSORGE- UND SERVICEMEDIZIN

■ IGELN LEICHT(ER) GEMACHT

Vielleicht ist es Ihnen auch schon einmal so gegangen: Sie sind bei Ihrer Ärztin oder ihrem Zahnarzt gewesen und haben dort eine sogenannte „individuelle Gesundheitsleistung (IGeL)“ angeboten bekommen.

Diese Leistungen können medizinisch durchaus sinnvoll sein, werden aber von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht bezahlt. Also müssen Sie als Patient*in dafür mehr oder weniger tief in Ihre Geldbörse greifen. Ob Sie das tun wollen, bleibt letztendlich Ihre Entscheidung, doch die sollte sorgfältig abgewogen werden. Die angebotenen Leistungen können sehr vielfältig sein und sowohl Therapie- als auch Präventionsangebote beinhalten. Keinesfalls sollten sich Patient*innen

von dem Anbieter (das können außer Ärzt*innen auch Heilpraktiker*innen sein) bedrängen lassen. Die Ärztin bzw. der Arzt (nicht die Arzthelferin!) sollte sachlich über die Vor- und Nachteile der angebotenen Leistung aufklären und dann ausreichend Bedenkzeit lassen. Die Patient*innen sollten also auf jeden Fall die Möglichkeit haben, eine zweite Meinung einzuholen. Bei der Entscheidung kann darüber hinaus der IGeL-Monitor helfen, ein Internetportal des Medizinischen Dienstes des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen e.V. (MDS). Hier werden die auf dem Markt angebotenen IGeL-Leistungen nach wissenschaftlichen Kriterien bewertet. Auch wenn der IGeL-Monitor häufig zu dem Ergebnis „unklar“ kommt, sich also Nutzen und Schaden

einer Leistung die Waage halten, so ist er doch eine gute Informationsquelle. Grundsätzlich sollte man IGeL-Leistungen nicht von vornherein skeptisch gegenüberstehen, denn sie können für einzelne Personen durchaus nützlich sein, z. B. wenn es um den Bereich Umweltmedizin geht. Aber auch bestimmte Impfungen vor Fernreisen fallen unter die IGeL-Leistungen. Festzuhalten bleibt, dass durch die IGeL-Leistungen die Marktwirtschaft in die Medizin Einzug gehalten hat. Sowohl Patient*innen als auch Ärzt*innen müssen noch lernen, mit dieser relativ neuen Situation umzugehen. Deshalb ist das Vertrauen zwischen Ärzt*in und Patient*in die beste Voraussetzung, um den IGeL-Dschungel zu durchleuchten.

TSCHÜS INTEGRATIONS-AUSSCHUSS

■ WILLKOMMEN INTEGRATIONS-RAT

Der Integrationsausschuss hat sich in den vergangenen fünf Jahren mit einer Vielfalt von Themen beschäftigt. Regelmäßig wurde über den Stand der Integrationsbemühungen berichtet. Über herkunftssprachlichen Unterricht und Überlegungen, einen muslimischen Friedhof anzulegen und die Pläne zum Neubau eines islamischen Gemeindezentrums wurde beraten. Die Unterzeichnung der Charta der Vielfalt wurde von den GRÜNEN beantragt und 2011 beschlossen. Damit macht die Stadt es sich zur Aufgabe, Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt zu fördern und ein Umfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen und Ausgrenzungen ist. Dafür könnte die Stadt noch mehr tun, wir bleiben am Ball.

Kampf gegen Rechtsextremismus

Im Oktober 2012 beschloss der Integrationsausschuss einen Antrag aller Fraktionen gegen eine rechtsextremistische Demonstration am 27.10.2012. Er setzte sich auf Initiative der GRÜNEN auch für den Erhalt der Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus ein. Der Integrationsausschuss besteht aus zehn vom Rat entsandten Vertreter*innen und elf direkt von den Ausländer*innen in Wuppertal gewählten Vertreter*innen. Die oder der Vorsitzende muss ein Ratsmitglied sein. Mit der Wahl am 25.05.2014 ist der Integrationsausschuss Geschichte, dann werden 15 Vertreter*innen direkt in den neuen Integrationsrat gewählt und später zehn Stadtverordnete vom Rat entsandt.

ZIRKUS UM DEN CARNAPER PLATZ

■ BARMEN BRAUCHT ZENTRALEN ORT FÜR GROSSVERANSTALTUNGEN



Foto: Mathias Kehren

Der Carnaper Platz in Barmen ist seit Jahren der zentrale Ort für Großveranstaltungen wie Zirkusse, Ausstellungen oder große Feste wie die Barmer Osterkirmes. Zugegebenermaßen gibt es bestimmt schönere Plätze in unserer Stadt, und natürlich wissen wir von den Beschwerden, die Veranstalter in Bezug auf technische und andere Gegebenheiten dieses Platzes geäußert

haben. Trotzdem stellt er einen wichtigen Treffpunkt dar und bietet regelmäßig Highlights, die sowohl für den Bezirk als auch für die Gesamtstadt von großer Bedeutung sind. Gerade Events wie der Kinder- und Jugendzirkus Casselly, der in den Sommerferien für viele Kinder eine feste Institution geworden ist, sind nicht mehr wegzudenken.

Auf der anderen Seite haben die Wuppertaler Stadtwerke Interesse an der Fläche angemeldet, da der bisherige Verwaltungsbau mit Schadstoffen belastet ist. Dass die WSW einen Neubau auf dem Carnaper Platz favorisieren und dies mittlerweile so gut wie sicher ist, hat die Politik im Bezirk nur aus der Zeitung entnehmen können. Selbstverständlich sind die Barmer GRÜNEN der Meinung, dass die Gesundheit der Mitarbeiter*innen dieser städtischen Tochter unbedingt geschützt werden muss, daher sind bauliche Maßnahmen zur Sanierung oder ein Neubau des Verwaltungsgebäudes dringend geboten. Die Barmer Politik wendet sich aber dagegen, dass ein wichtiger öffentlicher Ort geopfert wird, ohne dass die Bezirksvertretung über die Prüfung alternativer Modelle informiert oder anderweitig einbezogen wurde. Deshalb wurde in der Sitzung im Februar ein Beschluss gefasst, der eine Aufgabe der städtischen Fläche ablehnt und die WSW auffordert, andere Optionen zu prüfen.

Mit DIR wird's was: Jetzt Mitglied werden!





**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
KREISVERBAND WUPPERTAL

www.gruene-kvwuppertal.de
Friedrich-Ebert-Str. 76
Telefon: 0202 / 87811

ANZEIGE

RATS-CHRONIK FEBRUAR 2014



Archivfoto: Jörg Lange

Verleihung einer Ehrenbezeichnung

Die GRÜNE Ratsfraktion konnte dem Vorschlag von Oberbürgermeister Peter Jung, den früheren Bürgermeister Hermann-Josef Richter (CDU) mit der Bezeichnung „Alt-Bürgermeister“ zu ehren, nicht folgen, weil der Kandidat in seiner Zeit als Bürgermeister aus unserer Sicht wenig Ehrenvolles geleistet hat. Bislang wurden Menschen nur dann für Ehrungen durch den Wuppertaler Rat vorgeschlagen, wenn im Vorfeld alle Fraktionen ihr Einverständnis signalisiert hatten.

Mehr Frauen in die Gremien

Der Wuppertaler Gremienbericht stellt der Stadt ein schlechtes Zeugnis aus. Darin wird die Unterrepräsentanz von Frauen in der Wuppertaler Politik klar beziffert.

Um diesen Missstand zu beseitigen, stellte die GRÜNE Ratsfraktion einen Antrag zur Ratssitzung am 24.02.2014. Darin wurden die Stadtverordneten aufgefordert, sich für die Erhöhung des Frauenanteils in den Wuppertaler Gremien einzusetzen. Leider ignorierten

SPD und CDU unsere Argumente, Frau Schröder von der FDP befürchtete sogar eine Diskriminierung der Männer, und so wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Kommunale Energiewende

Mit diesem Antrag wollten die GRÜNEN die Energiewende vorantreiben, die Wuppertaler*innen besser einbinden und das Thema nicht nur in den Gremien behandeln. Wir brauchen eine Plattform, um mehr Menschen im Tal für Klimaschutz und Energiewende zu interessieren, nach dem Motto „Raus aus den Ausschüssen, rein in die Stadt“. Die Bremser sitzen im Rat, denn auch dieser Antrag wurde leider mehrheitlich abgelehnt.

Fortführung der Finanzierung der Schulsozialarbeit

Für die GRÜNE Ratsfraktion ist die Schulsozialarbeit ein wichtiges und unverzichtbares Angebot an den Schulen in unserer Stadt. Deshalb haben wir uns bemüht, Wege für deren Fortführung zu finden, um zumindest die übrig gebliebenen Stellen der

Schulsozialarbeiter*innen zu sichern. Wir freuen uns sehr, dass alle Fraktionen sich in einem gemeinsamen Antrag zur Schulsozialarbeit bekannt haben.

Förderung des Ehrenamtes in kommunalen Räten

Eine Initiative der FDP war uns GRÜNEN nicht weitreichend genug, deshalb beantragten wir, dass die Gremiensitzungen in den Abendstunden ab 18:00 Uhr stattfinden sollten, um auch berufstätigen Frauen und Männern mit und ohne Familie das ehrenamtliche Engagement zu erleichtern. Leider lehnten SPD und CDU auch diesen Antrag ab.

Parkraumbewirtschaftung im Umfeld von Kliniken

Mit einem Antrag zur Parkraumbewirtschaftung an der Vogelsangstraße (St.-Anna-Klinik), an der Hainstraße (Bethesda-Krankenhaus) und rund um das Helios-Klinikum wollte die GRÜNE Ratsfraktion die Anwohnerinnen und Anwohner vor zunehmender Verkehrsbelastung schützen, für die Mitarbeiter*innen und Besucher*innen eine verlässliche Verkehrslösung schaffen und für den Umstieg auf ein Jobticket werben.

Leider beharrten CDU und SPD darauf, dass nur innerhalb der Zentren Parkraumbewirtschaftung vorgesehen sei, und lehnten den Antrag ab.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie unter www.gruene-wuppertal.de in der Rubrik Aktuelles.

NEUES AUS LANGERFELD

„Goldene Spule“ für Thomas Sperling

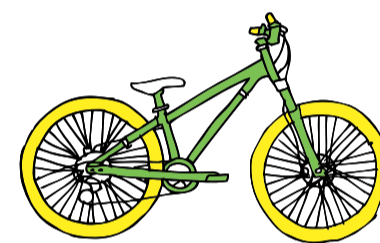
Auf dem Neujahrsempfang des Bürgervereins Langerfeld wurde Thomas Sperling, langjähriger Vertreter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg, eine besondere Ehrung zuteil. Die „Goldene Spule“ ist eine Auszeichnung

für Menschen, die sich um Langerfeld besonders verdient gemacht haben. Seit genau zehn Jahren kümmern sich Karl-Ulrich Schäfer, Thomas Sperling und Rainer Werth nämlich ehrenamtlich um die Fütterung der Tiere im Wildgehege auf dem Ehrenberg. Wir freuen uns mit Thomas über die Würdigung seines Engagements.



Foto: Werner Hahn

v. l. n. r.: Thomas Sperling, Karl-Ulrich Schäfer, Rainer Werth, Margret Hahn (Vorsitzende des Bürgervereins) und Siegfried Blaschke (stellv. Vorsitzender des Bürgervereins)



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.



FINANZSITUATION IN WUPPERTAL

HAUSHALT DER STADT WIRD ZUR LUFTNUMMER

Die von der schwarz-roten Ratsmehrheit im vergangenen Jahr eingebrachten Ergänzungen zum städtischen Haushalt (wie z. B. ein verstärkter Ausbau der U3-Betreuung) wurden in Erwartung einer Kostenbeteiligung des Bundes an der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen beschlossen. Ob diese Gelder tatsächlich in der erwarteten Höhe an die Kommunen ausbezahlt werden können, war damals und ist auch aktuell nicht vorherzusagen. Auch deshalb wies die GRÜNE Fraktion bereits bei der Verabschiedung des Haushalts im November 2013 darauf hin, dass der schwarz-rote Haushalt an vielen Stellen eine Luftnummer sei.



Foto: Mathias Kehren

Bund will Kommunen im Regen stehen lassen

Die versprochene Entlastung der Kommunen von den Kosten für die Eingliederungshilfe wird nicht so schnell umgesetzt wie gehofft. Das geplante Teilhabegesetz, das die Kommunen mit fünf Milliarden Euro entlasten würde, soll erst in der nächsten Legislaturperiode ab 2017 wirksam werden, und auch die schnelle Finanzspritze für die Städte in Höhe von einer Milliarde wird erst ab dem nächsten Jahr kommen. Noch vor wenigen Monaten errechnete Stadtkämmerer Dr. Slawig für den Wuppertaler Haushalt eine mögliche jährliche Verbesserung von 25 Millionen Euro. Die Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (8,1 Millionen Euro im städtischen Haushalt und 17 Millionen Euro über die Landschaftsumlage) steigen seit Jahren, und zwar in allen Bereichen: bei den Leistungen der Frühförderung, den Betreuungsleistungen für Kinder mit Behinderung im Kindergartenalter, den Integrationshelfer*innen zur Sicherung des Schulbesuchs, den Wohnhilfen in ambulanter und stationärer Form sowie bei den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (zum Beispiel Werkstätten für behinderte Menschen).

die Einnahmen aus der Gewerbesteuer im Jahr 2013 um zwei Millionen Euro unter dem Haushaltsplan (193 statt 195 Millionen Euro). Für die folgenden Jahre hat Dr. Slawig mit Steigerungen im Bereich von 3% pro Jahr geplant und stützt sich dabei auf die Aussagen von Wirtschaftsweisen. Wir GRÜNEN zweifeln, dass diese Entwicklung eintritt. Im Falle einer Wirtschaftskrise würden die Gewerbesteuereinnahmen um eine zweistellige Millionen-summe einbrechen, was im städtischen Haushalt nicht mehr kompensierbar wäre. Die Haushaltskonsolidierung wäre dann endgültig gescheitert, und Dr. Slawig könnte im Rathaus schon mal ein Zimmer für den Sparkommissar reservieren.

Schlechte Aussichten bei der Gewerbesteuer

Trotz brummender Konjunktur lagen

FORTSETZUNG DER SCHULSOZIALARBEIT

BIS ENDE 2014 GESICHERT – UND DANN?

Noch immer gibt es keine Einigung zwischen Bund, Ländern und Kommunen über die Frage der dauerhaften Finanzierung der Schulsozialarbeit. Dies ist umso enttäuschender, da seit letztem Jahr ein Evaluationsbericht der Uni Wuppertal vorliegt, der im Auftrag der Stadt verfasst wurde und noch einmal deutlich macht, wie wichtig diese Arbeit an den 52 Schulen in Wuppertal ist. Sie schafft wichtige und unverzichtbare Angebote an der Schnittstelle zwischen Schule und Jugendhilfe und dient dem Wohl von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt.

Im Zuge der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD im Bund sah es bis kurz vor Schluss danach aus, als könnte eine Fortführung aus Bundesmitteln durchgesetzt werden. Aber diese wurde in den letzten Verhandlungsstunden durch die Christdemo-

kraten wieder aus dem Vertrag heraus verhandelt, sodass sich die Bundesebene hier weiterhin ihrer Verantwortung entzieht.

In der Hoffnung, dass in den nächsten Monaten doch noch die Vernunft siegt und eine Einigung erzielt werden kann (und in der Sorge, dass durch ein vorheriges Auslaufen in Wuppertal bereits aufgebaute Netzwerke und erarbeitetes Vertrauen womöglich unwiederbringlich zerstört werden könnten), setzten sich im Februar dieses Jahres alle Ratsfraktionen für eine befristete Fortsetzung der Schulsozialarbeit aus kommunalen Mitteln bis Ende 2014 ein. Bis zu diesem Zeitpunkt muss es eine Entscheidung über eine dauerhafte Weiterfinanzierung aus Bundes- und/oder Landesmitteln geben. Hierfür werden die GRÜNEN sich auch zukünftig vehement starkmachen.



Foto: Privat